

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Forschungsgruppe:

„Informelle Politik und politische Parteien im interregionalen Vergleich“

Arbeitspapier

**Faktionalismus in japanischen Parteien:
Eine Annäherung aus konzeptioneller
und komparativer Perspektive**

Patrick Köllner

(Institut für Asienkunde)

März 2001



1	Faktionalismus als Kernelement informeller Politik.....	1
2	Formale und informelle Politik.....	2
3	Faktionalismus in politischen Parteien: Sichtweisen, Konzeptionen und Erklärungen	5
3.1	<i>Was ist Faktionalismus?</i>	5
3.2	<i>Auswirkungen, Funktionen und Arten des Faktionalismus</i>	7
3.3	<i>Erklärungen des Faktionalismus</i>	9
4	Faktionalismus in japanischen Parteien	11
4.1	<i>Ursachen des Faktionalismus in japanischen Parteien</i>	12
4.2	<i>Strukturen und Funktionen von Faktionen in japanischen Parteien</i>	16
5	Fazit und Forschungsagenda.....	18
	Literaturverzeichnis	22

Hier im Orient haben wir die Konzeption einer Faktion ..., nicht die einer öffentlichen Partei. Eine politische Partei ist eine Vereinigung von Menschen, deren ausschließliches Ziel die Diskussion öffentlicher Staatsangelegenheiten und die Durchsetzung ihrer Ansichten hierzu ist. Wenn jedoch öffentliche Parteien in den Orient verpflanzt werden, nehmen sie sogleich die Natur von Faktionen an, die private und persönliche anstelle von Staatsinteressen verfolgen ... [D]ie Sitten und Gebräuche der Feudalzeiten sind hier so tief in den Geist der Menschen eingepägt, dass sogar die Idee politischer Parteien, sobald sie in die Gehirne unserer Landsleute eindringt, entlang feudaler Konzeptionen keimt und wächst. Angesichts dessen sind politische Parteien ... in Wirklichkeit Angelegenheiten persönlicher Beziehungen und Gefühle; die Beziehungen zwischen dem Führer und den Mitgliedern einer Partei ähneln denen, die zwischen einem Feudalherren und seinen Vasallen existierten [...].

Yukio Ozaki (1918: 93), zitiert nach Norman (1940: 87).

1 Faktionalismus als Kernelement informeller Politik

Auch mehr als achtzig Jahre nach den eingangs zitierten Ausführungen des bekannten liberalen Politikers der Meiji- und Taishō-Zeit hat sich wenig an der Bedeutung von Faktionen in der japanischen Parteipolitik verändert – wenn auch wohl heute hierfür kaum jemand noch das Vermächtnis der Feudalzeit verantwortlich machen würde. Faktionen kommt auch im politischen System des gegenwärtigen Japan eine zentrale Rolle für das Verständnis und die Erklärung von innerparteilichen Machtstrukturen bzw. ideologischen Konflikten zu. Will man sich näher mit dem politischen System Japans beschäftigen, ist eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Faktionalismus in japanischen Parteien daher unumgänglich.

Doch ist, von der zweifelsfrei gegebenen empirischen Bedeutung einmal abgesehen, dieses Phänomen auch von darüber hinaus gehendem Interesse? In diesem Artikel soll gezeigt werden, dass sich der innerparteiliche Faktionalismus nicht nur für aufschlussreiche Vergleiche mit der Parteienwirklichkeit in anderen Ländern eignet, sondern auch eine nützliche konzeptionelle Kategorie darstellt, die grundlegende analytische Einblicke in die Funktionsweise des politischen Systems Japans und anderer Staaten ermöglicht. Dies wird dann möglich, wenn der Faktionalismus als Kernelement informeller Politik begriffen und in seinen Bezügen zu formalen Elementen des politischen Systems betrachtet wird.

Im Folgenden soll zunächst der größere Kontext unseres Interesse am Faktionalismus, nämlich das Verhältnis von formaler und informeller Politik skizziert werden. Im zweiten Schritt werden dann einige relevante Fragen und Erkenntnisse der Literatur zum Faktionalismus in politischen Parteien weltweit präsentiert. Ausgehend hiervon werden im dritten Schritt die Ursachen, Strukturen und Funktionen des Faktionalismus in japanischen Parteien aus komparativer Perspektive betrachtet. Abschließend werden die Perspektiven der Forschung zum Phänomen des Faktionalismus in Japan thematisiert.

2 Formale und informelle Politik¹

Unter formaler Politik können die verfassungsmäßig und gesetzlich kodifizierten politischen Strukturen und Entscheidungsprozesse in einem bestimmten Staat oder einer Gesellschaft verstanden werden. Mithin meint der Terminus die „De-jure-Version“ oder „Soll-Version“ der Politik, wie sie sich oftmals in Lehrbuch-Darstellungen wiederfindet. Der Begriff „informelle Politik“ bezieht sich im Gegensatz dazu auf die nicht durch formale, schriftlich fixierte Regeln strukturierten Beziehungs-, Verhaltens- und Erwartungsmuster von Individuen und Gruppen innerhalb einer bestimmten Gesellschaft oder eines Staates, wobei diese informellen Strukturen (ebenso wie ihr formales Pendant) einigermaßen geordnet und vorhersehbar, also nicht anomischer Natur sind.²

Grundsätzlich wird mit informeller Politik das in den politischen Raum hineinwirkende und über individuelles Vorteilsstreben materieller und nichtmaterieller Art hinausgehende

¹ Dieser Abschnitt basiert auf Betz und Köllner (2000: 2-5).

² Für eine Diskussion formaler und informeller Politik, die vor allem auf deren staatliche bzw. gesellschaftliche Fundierung abhebt, siehe Fukui (2000: 2-11).

Handeln bezeichnet, das im Kern auf Machterlangung/-sicherung, Einflussvergrößerung und den Austausch von Ressourcen abzielt. Informelle Politik schließt dabei nicht nur die entsprechenden Manifestationen etwa in Form von Beziehungen und Transaktionen, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden Verfahren und Regeln ein. Anders als bei der formalen Politik mit ihrer Ausrichtung an staatlich und nichtstaatlich verfassten Regeln und Normen findet im Bereich der informellen Politik nicht selten eine Missachtung/Umgehung der verfassungsmäßigen Ordnung und der daraus abgeleiteten Gesetze und sonstigen kodifizierten Regelungen oder zumindest deren Geist statt. In der Folge wird oftmals die per se bestehende Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit vergrößert. Institutionelle Gefüge, d.h. der Komplex der relevanten sozialen Akteure und Institutionen, die nach dieser Definition dem Bereich der informellen Politik zuzurechnen sind, können in partikularistische *Beziehungssysteme* in Form von Netzwerken oder Klientelismus integriert sein bzw. durch entsprechende Strukturen herbeigeführt werden. Sie können darüber hinaus ihren Ausdruck in teilweise illegalen *Erscheinungsformen* wie Korruption und der Kriminalisierung von Politik finden (vgl. Tabelle 1).³

Tabelle 1: Elemente informeller Politik

Beziehungssysteme	Erscheinungsformen
<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerke (inkl. oligarchische Elitenklubs, Seilschaften, Verwandschafts- und Freundschaftsbeziehungen) • Klientelismus • Ethnisch-religiöse, soziopolitische oder regionale Identitätsgruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • Korruption • Kriminalisierung der Politik • Partikularismen bei politischen Akteuren in Bezug auf <ul style="list-style-type: none"> a) Organisation (z.B. Personalismus, Faktionalismus), b) Entscheidungsfindung, c) Personalbesetzung (z.B. Patronage), d) Finanzbeschaffung, e) Stimmenmobilisierung, f) Einflussnahme etc.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

³ Zu verschiedenen Beziehungssystemen und Erscheinungsformen im Bereich der informellen Politik siehe im Einzelnen Betz, Köllner und Mattes (1999: 219-223).

Wichtig ist es jedoch darauf hinzuweisen, dass informelle Politik nicht mit illegalen Beziehungen und Handlungen per se gleichzusetzen ist. Keine Organisation, kein Gemeinwesen, kein Staat funktioniert nur auf der Basis von formalen Regeln, Anreizen und Sanktionen. In der Tat kann argumentiert werden, dass es zuweilen gerade die informellen Elemente sind, welche die Effektivität eines Systems bestimmen. Dies gilt vor allem in neuen Demokratien mit zwangsläufig zahlreichen noch nicht durch kodifizierte Gesetze definierten Handlungsräumen und dort, wo die allgemeine Herrschaft des Gesetzes (*rule of law*) nur schwach ausgeprägt ist, wie etwa in vielen ostasiatischen Ländern. Anders formuliert: Formale Regeln und Institutionen stellen notwendige Bedingungen für das Funktionieren von komplexeren Gemeinwesen, aber eben noch lange keine hinreichenden Bedingungen dar.

Informelle Politik kann durchaus in dem Sinne institutionalisiert und insoweit „rational“ sein, dass „regelmäßige Muster der Interaktion existieren, die von den politischen Akteuren gekannt, praktiziert und akzeptiert (wenn auch nicht unbedingt geschätzt) werden“ (O’Donnell 1997: 42). In etablierten Demokratien beobachten wir Beispiele informeller Politik insbesondere dort, wo es um die Vergabe von Mitteln und Posten nach sachlichen Kriterien geht, sich aus politischen Gründen aber die Verteilung nach Parteien-, Konfessions- oder regionalem Proporz gebietet oder wo zum Zwecke der Konsenssicherung den formalen Beschlussfassungsgremien informelle „Kungelrunden“ vorangehen (vgl. Wewer 1991).

Kritisch wird die Existenz informeller politischer Beziehungssysteme und Verhaltensweisen in Demokratien erst dann, wenn diese die formalen Institutionen nicht mehr stützen, sondern sie vielmehr untergraben. Das ist dann der Fall, wenn Entscheidungsprozesse innerhalb von Staatsführungen oder Parteien, die politische Machtausübung im Allgemeinen oder die Stimmenmobilisierung bei Wahlen durch Ausprägungen und Erscheinungen informeller Politik „kolonisiert“ werden (Merkel und Croissant 2000), wenn Faktionalismus, „Bossismus“, Populismus, Regionalismus, Stimmenkauf oder Filz- und Patronagegeflechte die formalen Elemente des jeweiligen politischen Systems überlagern. Das politische System eines Landes lässt sich immer erst aus dem Verhältnis von formaler Politik einerseits und den informellen Spielregeln der Politik andererseits einschätzen (Scalapino 1996: 227; O’Donnell 1997: 41).

Wie sich nun das formale Raster der Politik auf die informelle Politik (und umgekehrt) auswirkt, ist allgemein stark von den jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen, den

verfassungs- und wahlrechtlichen Dispositionen und den historischen Entwicklungspfaden der Organisationen und Institutionen, also der Einbettung der relevanten politischen Akteure und Regeln abhängig. Die spezifische Ausgestaltung der beiden Elemente des politischen Systems eines Landes kann über lange Zeit stabil sein, kann sich aber auch mehr oder minder rasch durch innere oder äußere Schocks, soziale Veränderungen und Wertewandel, Wirtschaftsreformen, Demokratisierung und andere Formen des Regimewandels verändern. Änderungen des formalen politischen Rahmens, können aber auch aktiv eingesetzt werden, um einen Wandel im informellen Bereich herbeizuführen oder aber praktiziertes informelles politisches Handeln offiziell zu sanktionieren.

3 Faktionalismus in politischen Parteien: Sichtweisen, Konzeptionen und Erklärungen

3.1 Was ist Faktionalismus?

Faktionalismus stellt eine besonders auffällige Erscheinungsform informeller Politik dar, die insbesondere in Regionen wie dem Mittelmeerraum, dem postkommunistischen Osteuropa oder eben Ostasien ins Auge springt.⁴ Nähern wir uns dem Phänomen des Faktionalismus zunächst aus etymologischer Sicht. Eine der besseren Erklärungen findet sich in *Webster's New Encyclopedic Dictionary* (1996: 359). Er gibt für das englische Wort *faction* zwei Bedeutungen an:

- 1.) Eine Gruppe oder Verbindung, die zusammen innerhalb und zumeist gegen eine größere Einheit (z.B. Staat, politische Partei, Kirche) handelt; bedeutungsgleich in diesem Zusammenhang mit Clique.
- 2.) Meinungsverschiedenheiten, Differenzen innerhalb einer Gruppe (vom lateinischen *factio*: Handlung, Faktion, von *facere*: machen, tun).

Faktion sollte mithin nicht – wie oftmals der Fall – mit dem ähnlich klingenden Begriff der Fraktion verwechselt werden. Handelt es sich bei einer Fraktion im politischen Kontext um eine zumeist durch offizielle Bestimmungen näher definierte Verhandlungsgruppe einer oder

⁴ Mit Ausnahme des japanischen Falles kann auf die länderspezifische Literatur im Rahmen dieses Artikels nur am Rande eingegangen werden. Zahlreiche Länderstudien liefern die von Belloni und Beller (1978) und von Gillespie et al. (1995) herausgegebenen Bände. Siehe auch die Literaturangaben in Betz und Köllner (2000: 10).

mehrerer Parteien im Parlament,⁵ die mithin klar im Bereich der formalen Politik anzusiedeln ist, existieren für informell bestimmte Faktionen im Regelfall keine derartigen schriftlich fixierten und offiziell sanktionierten Grundlagen.

Allgemein existieren in Bezug auf politische Parteien und Faktionen zwei Sichtweisen, die sich auf verschiedene Phasen der Parteienentwicklung beziehen. Aus der einen Perspektive kennzeichnen Faktionen eine bestimmte Form der innerparteilichen Organisation. Voraussetzung hierfür ist die Existenz eines strukturierten Parteiensystems sowie klarer Parteiidentitäten. Faktionen werden in diesem Kontext als Ausdruck interner Parteidifferenzierung tief verwurzelter oder institutionalisierter Art angesehen. Im Vergleich etwa zu Strömungen/Richtungen (*tendencies*), „Ein-Anliegen-Gruppen“ (*single-issue groups*) oder „Flügeln“ innerhalb von Parteien liegen die wesentlichen Kennzeichen von Faktionen in einem höheren Organisationsgrad, einer geteilten Identität und einer Verpflichtung auf gemeinsame Ziele, seien dies nun Ideen und spezifische inhaltliche Anliegen, die Interessenvertretung von (externen) Gruppen oder Macht und Positionen (siehe auch unten).⁶

Implizit in der organisatorischen Anforderung an Faktionen ist auch deren Langlebigkeit. Mithin kann eine parteiinterne Gruppe, auch wenn sie über eine klar sichtbare politische Position oder Führungsfiguren verfügt, kaum als Faktion bezeichnet werden, wenn sie nicht eine gewisse Lebensspanne aufweist. Bei nur vorübergehend existierenden Gruppen ist es eher unwahrscheinlich, dass diese ein „organisatorisches Rückrat“ entwickeln (Lewis 1995: 102-103; Pridham 1995: 10). Was Faktionen in dieser Sichtweise also zusammenfassend von anderen innerparteilichen Gruppen unterscheidet, sind ihre größere organisatorische Stärke und ihre Dauerhaftigkeit, mithin der vergleichsweise hohe Grad ihrer Institutionalisierung.⁷

⁵ In der Bundesrepublik beispielsweise finden sich die entsprechenden formalen Grundlagen von Fraktionen im Parlament in den § 10-12 der Geschäftsordnung des Bundestages (www.bundestag.de/gesetze/go/go4.htm#10).

⁶ Grundlegende Versuche, die verschiedenen Arten innerparteilicher Gruppen zu differenzieren, haben Rose (1964), Beller und Belloni (1978: 417-430) und Hine (1982) unternommen. Hine argumentiert dabei, dass es sich bei Faktionen um solide organisierte, disziplinierte Gruppen handelt, die sich ihrer selbst bewusst sind und über ein relativ stabiles und in sich geschlossenes Personal verfügen. Strömungen innerhalb von Parteien sind demgegenüber, wie Rose (1964: 37) argumentiert hat, durch ein „stabiles Set von Haltungen statt durch eine stabile Gruppe von Politikern“ definiert. Für gute Diskussionen der Literatur siehe Belloni und Beller (1976: 534-542), Sartori (1976: 71-88).

⁷ Unter Institutionalisierung soll hier in Anlehnung an Huntington (1968: 12) der Prozess verstanden werden, durch den Organisationen und Prozeduren Wert und Stabilität erlangen. Ein hoher Grad der Institutionalisierung bezeichnet ein hohes Maß an Dauerhaftigkeit, Anpassungsfähigkeit, (interner) Komplexität, Autonomie und Kohärenz dieser Organisationen und Prozeduren.

Aus einer anderen Perspektive stellen Faktionen demgegenüber eher Proto-Parteien oder Ausbildungen der Parteiorganisation dar, die der Entstehung entwickelter „moderner“ Parteien vorangehen. Faktionen werden hier als charakteristisch für die frühen Stufen des Modernisierungsprozesses betrachtet, in denen Individuen und Gruppen mit den traditionellen Mustern politischen Verhaltens gebrochen haben, aber sowohl der Grad politischer Partizipation als auch politischer Institutionalisierung noch gering ist (vgl. Huntington 1968: 412-415; Belloni und Beller 1976: 534-536). Beide Sichtweisen von Faktionen müssen sich nicht widersprechen, solange klar ist, dass sie auf verschiedene Phasen der Parteientwicklung beziehen, die jedoch nicht teleologisch aufgefasst werden sollte.

3.2 Auswirkungen, Funktionen und Arten des Faktionalismus

Faktionen werden zumeist eher als Teil der Pathologie der Politik angesehen.⁸ Dies ist jedenfalls die Sicht vieler Parteiführer und -funktionäre, da die Existenz von Faktionen eine offene Herausforderung für das Parteimanagement darstellt.⁹ Nicht wenige Wissenschaftler sind dieser Einschätzung von Faktionen gefolgt und haben Faktionen als dysfunktional bewertet. Diese Dysfunktionalität wird darin gesehen, dass es kaum geeignete Mechanismen zur Kontrolle der Faktionen gibt. Auch verfügen Faktionen per definitionem nicht über die volle organisatorische Autonomie wie Parteien. Als nur teilweise organisierte Formen innerhalb von Parteien werfen sie mithin Probleme für das Parteimanagement und/oder dessen Effektivität auf. Einerseits können so Faktionen die Einheit und den Zusammenhalt von Parteien gefährden, andererseits (bzw. in anderen Fällen) können sie aber auch als Transmissionsriemen für Aushandlungsprozesse, Konfliktlösungen und Konsensfindung in Parteien fungieren (vgl. Beller und Belloni 1978: 439-442; Lomax 1995: 136). Letztendlich kann die Frage nach der Wirkung von Faktionen nur im spezifischen Fall beantwortet werden, wenn auch in der Literatur mehrheitlich eher negative Auswirkungen aufgezeigt werden.

⁸ Entsprechend wird der Begriff Faktion oftmals nicht einfach nur in analytischer, sondern vielmehr in (ab-)wertender Hinsicht benutzt (vgl. Sartori 1976: 72-73; Belloni und Beller 1976: 533; Beller und Belloni 1978: 445-446).

⁹ Funktionen, Autonomie und das spezifische politische Umfeld der Faktionen haben zu unterschiedlichen Verfahrensweisen mit ihnen geführt. Die Spannbreite reichte dabei in der Vergangenheit von (teilweise gewaltsamer) Unterdrückung wie in der KPdSU zu Stalins Zeiten über stillschweigende Akzeptanz wie in der italienischen KP bis hin zur formalen Anerkennung im Rahmen des Parteistatus wie bei der polnischen Demokratischen Union nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft (Waller und Gillespie 1995: 1).

Hinsichtlich der Funktionen von Faktionen haben zahlreiche Sozialwissenschaftler, die sich mit diesem Phänomen auseinandergesetzt haben, den Aspekt des Machtkampfes und der „Beuteverteilung“ in den Mittelpunkt ihrer definitorischen und analytischen Annäherung gerückt (Stichworte: *spoils faction*, *power faction*, vgl. Sartori 1976: 77). Während Positionserringung und –vergabe (bzw. Patronage) als die „klassische“ Funktion von Faktionen bezeichnet werden kann, existieren daneben noch weitere (idealtypische) Funktionen des Faktionalismus. Dies setzt eine breitere Definition von Faktionen voraus. Für Zariski (1960: 33) etwa ist eine Faktion gleichbedeutend mit „jeder innerparteilichen Vereinigung, Clique oder Gruppierung, deren Mitglieder einen Sinn von gemeinsamer Identität und gemeinsame Ziele teilen und organisiert sind, um zusammen – als eigenständiger Block innerhalb einer Partei – zur Verwirklichung ihrer Ziele zu handeln“.

Entsprechend können nicht nur Machtkämpfe und die Vergabe von Posten und Ämtern im Zentrum der Aktivitäten von Faktionen stehen, sondern Faktionen kann auch die Realisierung von Partikular- oder Sektoralinteressen (etwa einer Religionsgemeinschaft, einer Region oder der Gewerkschaften), die Einflussnahme auf die Strategie der Partei oder der Regierung und die Förderung eines bestimmten Sets von Werten zugrunde liegen (ebd.). Als zwei weitere idealtypische Funktionen von Faktionen können mithin einerseits die Repräsentation (gruppen-)spezifischer Interessen und die Verfolgung politisch-ideologischer Ziele oder normativer Anliegen ausgemacht werden.¹⁰ Die Funktionen von Faktionen hängen mithin eng mit der Art des innerparteilichen Konfliktes (Macht und Karriere, politische Inhalte und Ideologien, unterschiedliche Sektoralinteressen) zusammen (vgl. Hine 1982). Nicht weiter überraschend überlappen in der Realität oftmals die unterschiedlichen Funktionen von Faktionen und die ihnen zugrunde liegenden Konflikte.

Ob Faktionalismus letztlich als positiver Faktor im Rahmen der (Partei-)Politik wirkt - etwa durch die Integration verschiedener Sichtweisen und Interessen - oder aber in negativer Hinsicht zum Tragen kommt - etwa durch die Verfestigung innerparteilicher Fragmentation -, hängt nicht zuletzt von den Entscheidungen und strategischen Optionen der Parteiführung ab (Pridham 1995: 23). Neben der Effektivität des Managements der Parteiführung spielt dabei auch die Art der innerparteilichen Differenzen (siehe oben) eine wesentliche Rolle.

¹⁰ Einige Wissenschaftler haben gar die ideologische Komponente oder zumindest geteilte Werte und Prinzipien zur notwendigen Bedingung der Konstituierung einer innerparteilichen Faktion erhoben (so etwa Rose 1964). Der japanische Fall (siehe dazu Abschnitt 4 dieses Artikels) signalisiert jedoch, dass klar ausgebildete innerparteiliche Faktionen auch ohne geteilte ideologische Positionen oder Haltungen existieren können.

3.3 Erklärungen des Faktionalismus

Verschiedene Parteienforscher haben – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – die folgenden Faktoren als günstig oder förderlich für die Entstehung und Entwicklung von Faktionen ausgemacht:¹¹

- 1.) Die Art des Wahlsystems. Hierbei gilt neben dem Wahlsystem auf nationaler Ebene das Interesse auch den internen Wahlprozeduren in Parteien. Es lässt sich in diesem Zusammenhang u.a. argumentieren, dass Wahlsysteme auf proportionaler oder semi-proportionaler Basis ein günstigeres institutionelles Umfeld für die Entstehung und Entwicklung von Faktionen bieten, als Wahlsysteme, die auf Mehrheiten basieren.¹²
- 2.) Die Art des Parteiensystems. Als wesentlich für interne Parteienkohäsion wird hierbei die Natur des Parteienwettbewerbs angesehen. Vereinfacht lauten die beiden zentralen Thesen, dass a) ein geringerer Grad der Polarisierung zwischen den Parteien und b) eine geringere Anzahl von Parteien in einem bestimmten Parteiensystem größeren Spielraum für innerparteiliche Differenzen ideologischer Art bieten (vgl. Zariski 1960: 41-43; Sartori 1976: 102; Belloni und Beller 1976: 547).
- 3.) Die Qualität der individuellen Parteistrukturen. Zumeist wird hierbei argumentiert, dass es eine gewisse Korrelation gibt zwischen dem Grad der Faktionalisierung einer Partei und ihrer organisatorischen Verkoppelung auf den verschiedenen Ebenen. Entsprechend wird etwa davon ausgegangen, dass simpel strukturierte Elitenparteien eher einen größeren Grad an Faktionalisierung aufweisen, als etwa klassische Massenparteien, die über ein dichtes Netz von Zweigstellen verfügen (vgl. Zariski 1960: 43-45; Beller und Belloni 1978: 436-437).
- 4.) Die Kanäle der Parteienfinanzierung. Diese These lautet hierbei, dass eine Zentralisierung der Parteifinanzen tendenziell der Bildung von Faktionen entgegen wirkt bzw. deren Überlebenschancen verringert.¹³

¹¹ Die meisten Studien dieser Art beziehen sich dabei auf etablierte Demokratien. In Fällen demokratischer Transition ist es hingegen durchaus vorstellbar, dass die folgenden Variablen – etwa durch bewusste Entscheidungen der Parteiführer oder das Verhalten von Parteien in der „demokratischen Gründerzeit“ – die *Auswirkungen* statt der Ursachen von Faktionalismus darstellen (siehe Pridham 1995: 10).

¹² Siehe etwa Zariski (1960: 37-41), Sartori (1976: 93, 98-104), Beller und Belloni (1978: 432-434, 437), Hine (1982: 42-46). Für eine Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des Systems der nicht übertragbaren Einzelstimmgebung (SNTV), das bis 1994 auch in Japan galt, siehe Grofman (1999).

¹³ Für den italienischen und japanischen Fall siehe Sartori (1976: 93-95). Die Wirkungszusammenhänge zwischen den Kanälen der Parteienfinanzierung und der inneren Organisation von Parteien sind bislang allerdings insgesamt recht wenig erforscht worden. Für eine interessante Ausnahme siehe Mulé (1998).

5.) Das soziale Umfeld. So sind beispielsweise in Gesellschaften, die durch einen starken Klientelismus oder durch ausgeprägte gesellschaftliche Scheidelinien (*cleavages*) gekennzeichnet sind, eher faktionalistische Tendenzen in den entsprechenden politischen Parteien zu erwarten (vgl. Zariski 1960: 46-50; Beller und Belloni 1978: 430-432; Hine 1982: 46-47).

Die Forschung zu Parteiorganisationen im Allgemeinen führt zudem die *Rahmenbedingungen der Parteigründung* (u.a. die Art der territorialen Verbreitung der Parteien, die Existenz von charismatischen Führern und externen Sponsoren wie etwa Gewerkschaften) als weitere wichtige Faktoren an, die auch die Entstehung und Ausgestaltung von Faktionen beeinflussen können (siehe dazu Panebianco 1988). Auch können *Wahlerfolg und Parteistärke* (im Sinne der zahlenmäßigen Vertretung der Mandatsträger einer Partei im Parlament) bedeutsam sein für die Förderung oder Schwächung von Faktionalismus. So kann davon ausgegangen werden, dass Faktionalismus insbesondere in Systemen mit einer dominanten Partei gedeiht, in denen die fragliche Partei über längere Zeit die Machtmechanismen kontrolliert (Patronage als Basis für Faktionalismus) und breite sozioökonomische Interessen vertritt (Vertretung spezifischer Interessen durch einzelne Faktionen). Dies gilt insbesondere auch für die dominante Gründungsparteien in neuen Demokratien (Belloni und Beller 1976: 547; Pridham 1995: 10-11).

In neuen Demokratien kann allerdings auch innerparteilicher Faktionalismus durch die *Instabilität des Parteiensystems* und des politischen Systems insgesamt befördert werden. Da die Parteien noch nicht klar konfiguriert sind, kann faktionalen Zugehörigkeiten und Bündnissen zunächst eine größere Bedeutung zukommen als darüber hinaus gehenden Parteiloyalitäten. Diese können später auf der Basis gemeinsamer Erfahrungen und Identitäten entstehen, müssen es aber nicht, wenn etwa Personen auch längerfristig die Parteien dominieren (Beispiel: Südkorea). Vorherrschende Unsicherheit über die politische Weiterentwicklung kann mithin faktionalistische Tendenzen in Parteien fördern (Magone 1995: 92, 99).

4 Faktionalismus in japanischen Parteien

Die Geschichte der japanischen Parteien ist auch immer die Geschichte der Kooperation und Konfrontation innerparteilicher Faktionen gewesen. In Bezug auf die politischen Parteien der Nachkriegszeit, kann man feststellen, dass nahezu jede Partei – zumindest zeitweise – durch faktionalistische Aktivitäten gekennzeichnet gewesen ist. Japans langjährige Regierungspartei, die Liberaldemokratische Partei/LDP, gilt geradezu als Inbegriff des Faktionalismus; Wissenschaftler wie Leiserson (1968) oder Ike (1972: 81) haben die LDP daher auch als „Föderation“ oder „Koalition“ von Faktionen bezeichnet. Auch die größten Oppositionsparteien Japans in der Nachkriegsgeschichte, zunächst die Sozialistische Partei Japans/SPJ¹⁴ bis Anfang der 90er Jahre und dann die Demokratische Partei Japans/DPJ ab Mitte der 90 Jahre, sind durch einen deutlichen innerparteilichen Faktionalismus geprägt, wenn auch die beteiligten Faktionen niemals den Grad der Institutionalisierung wie in der LDP erreicht haben (siehe dazu auch unten). Einzig der Kommunistischen Partei Japans und der (Neuen) Kômaitô, die beide für japanische Parteiverhältnisse recht stark zentralistisch organisiert sind, ist es im Laufe der letzten Jahrzehnte offenbar weitgehend gelungen, innerparteilichen Faktionalismus einzudämmen.

Bevor im Folgenden näher auf Erklärungen und Charakteristika des Faktionalismus in japanischen Parteien eingegangen wird, sollen an dieser Stelle kurz einige Merkmale des politischen Systems erwähnt werden, die für komparative Betrachtungen des Faktionalismus in Japan von Bedeutung sind. Beginnend mit dem wohl grundlegendsten Merkmal eines politischen Systems, dem Regimetyt, ist zunächst festzuhalten, dass Japan seit den Reformen der amerikanischen Besatzungszeit zu den Demokratien dieser Welt zählt. Das Land weist dabei ähnlich wie Großbritannien, die Bundesrepublik oder Italien ein parlamentarisches Regierungssystem auf. Anders als etwa in den semi-präsidentiellen Systemen Frankreichs oder Südkoreas ist die Regierungsgewalt - zumindest in formaler Hinsicht - im Kabinett konzentriert. Japans Parteiensystem ist zudem in den Jahrzehnten seit Ende des 2. Weltkriegs durch einen moderaten Parteienpluralismus gekennzeichnet gewesen. Eingeschränkt wurde dieser Pluralismus dabei durch die dominante Stellung der LDP, die seit ihrer Gründung 1955 mit einer kurzen Ausnahme 1993/94 ständig an der Regierung beteiligt gewesen ist und während der längsten Zeit davon alleinige Regierungspartei war.

¹⁴ Die SPJ benannte sich 1991 zunächst hinsichtlich ihrer englischen Bezeichnung in Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) um. 1996 erfolgte die entsprechende Umwandlung des japanischen Namens von Shakaitô

Schließlich ist für die spezifische Entwicklung und Ausprägung des innerparteilichen Faktionalismus auch die Tatsache von Bedeutung, dass in Japan bei den Wahlen für das Unterhaus von 1947 bis 1993 ein semi-proportionales Wahlsystem Anwendung fand. Der Wähler gab dabei in den über das Land verteilten mittelgroßen Wahlkreisen (durchschnittlich 4 Mandatsträger pro Wahlkreis) eine nichtübertragbare Stimme für einen bestimmten Kandidaten ab.¹⁵ Die Spezifika des Regimetyps, des Regierungssystems, der Art des Parteiensystems und des lange Zeit geltenden Wahlsystems haben wesentlich mit dazu beigetragen, dass sich in Japan eine andere Dynamik des innerparteilichen Faktionalismus entfaltet hat, als in den nordostasiatischen Nachbarländern Südkorea, Taiwan und der Volksrepublik China, die ebenfalls einen ausgeprägten Faktionalismus in ihren politischen Parteien aufweisen.

So lässt sich argumentieren, dass in erster Instanz der unterschiedliche Regimetyp in der VR China und den beiden „Tigerstaaten“ (bis zu deren jeweiliger demokratischer Öffnung Ende der 80er Jahre) die zentrale Variable für die unterschiedliche Entwicklung und Ausprägung innerparteilicher Faktionen darstellt. Auch nach der Demokratisierung Südkoreas und Taiwans kann von einem „gemeinsamen Modell des Faktionalismus in ostasiatischen Parteien“ nur schwerlich die Rede sein. Noch immer entfalten der unterschiedliche Regierungstyp und im direkten Vergleich mit Südkorea auch die unterschiedliche Art des Wahlsystems ihre Wirkung auf den innerparteilichen Faktionalismus. Hinzu kommen unterschiedliche historische Entwicklungspfade der politischen Parteien in den einzelnen Ländern und die unterschiedliche soziokulturelle Einbettung der betreffenden politischen Akteure.¹⁶

4.1 Ursachen des Faktionalismus in japanischen Parteien

Wie auch die Literatur zum innerparteilichen Faktionalismus anderswo, setzt sich der größte Teil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Faktionen in japanischen Parteien mit deren Ursachen, Strukturen und Funktionen auseinander. Hinsichtlich der Entstehung und

(Sozialistische Partei) zu Shamintô (Sozialdemokratische Partei/SDP). Zu den Entwicklungen innerhalb der Partei, die diesen Veränderungen zu Grunde lagen, siehe Stockwin (2000: 227-231).

¹⁵ Siehe dazu übersichtsartig Klein (1998: 49-53). Die gleiche Art des Wahlsystems wird heute in Ostasien nur noch in Taiwan benutzt (vgl. Grofman et al. 1999).

¹⁶ Der Vergleich des innerparteilichen Faktionalismus in Nordostasien kann an dieser Stelle nicht vertieft werden. Einen guten Einstieg zum Faktionalismus in Südkorea, Taiwan und der VR China bieten einige der Beiträge in Grofman et al. (1999) und Dittmer et al. (2000). Zur taiwanesischen Variante siehe zudem Dickson (1997), zur südkoreanischen Variante Lee (1995) und zur chinesischen Variante Huang (2000).

Entwicklung von innerparteilichen Faktionen in Japan¹⁷ kann zunächst angemerkt werden, dass längst nicht alle Einflussvariablen, die in der oben erwähnten konzeptionell-analytischen Literatur zum Faktionalismus herausgearbeitet worden sind, auch im japanischen Fall bereits umfassend diskutiert worden sind. So sind etwa Arbeiten, die sich mit der Entstehung von innerparteilichen Faktionen im Rahmen von Parteigründungen oder –verschmelzungen auseinandersetzen und dabei über das rein Deskriptive hinausgehen, bislang Mangelware.¹⁸ Auch ist der Frage, inwieweit a) die Wahlerfolge der betreffenden Parteien und b) die Instabilität des Parteiensystems zu bestimmten Zeiten die Entwicklung von Faktionen beeinflusst haben, bisher nicht systematisch nachgegangen worden. Gleiches gilt – trotz der umfangreichen Literatur zur Finanzierung politischer Aktivitäten im Allgemeinen - für die Frage des Zusammenhanges zwischen den Kanälen der Parteienfinanzierung und der Entwicklung innerparteilicher Strukturen.

Andererseits nehmen in der Literatur zum Faktionalismus in japanischen Parteien soziokulturelle Erklärungsansätze deutlich mehr Raum ein, als dies bei der Diskussion des entsprechenden Phänomens in anderen Ländern der Fall ist. Die Literatur zum Faktionalismus in japanischen Parteien ist mithin symptomatisch für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem politischen Systems Japans insgesamt: In Bezug auf wohl keine andere fortgeschrittene Industrienation wird so oft die Frage diskutiert, wie wichtig soziokulturelle Faktoren für das Verstehen und das Erklären des politischen Systems sind (vgl. Köllner 2000a: 354-357, 363-364). Im Folgenden sollen nun zunächst bestehende Erklärungsmuster zur Entstehung und Entwicklung von innerparteilichen Faktionen diskutiert werden. Im direkten Anschluss wird kurz die bestehende Literatur zu den Strukturen und Funktionen des Faktionalismus in japanischen Parteien dargestellt.

Im Schrifttum zur Entstehung und Entwicklung von Faktionen in japanischen Parteien sind zwei recht diskontinkte Erklärungsstränge auszumachen: Auf der einen Seite existieren soziokulturelle Erklärungen, und auf der anderen Seite finden sich institutionelle Erklärungen verschiedener Spielart. Vertreter der ersten Sichtweise, die vor allem, aber nicht nur in frühen Veröffentlichungen zu finden ist, sehen das Phänomen der Faktionen im Kontext

¹⁷ Zur spezifischen Entwicklung der Faktionen in der LDP während der letzten Jahrzehnte siehe Kishimoto (1997: 129-135), Kitaoka (1995: 282-284) und Köllner (1999a: 67-69). Umfassendere, aktuelle Auseinandersetzungen mit den Faktionen in der SPJ/SDP finden sich in Hara (2000) und Stockwin (2000: 235-239). Siehe auch Köllner (1999a: 69-70).

gesellschaftlicher und kultureller Strukturen Japans (Sichtwort: „Gruppismus“; siehe etwa Tsurutani 1992: 212-213). Mit anderen Worten wird Faktionismus in der japanischen Politik als etwas Systemimmanentes begriffen, das auch in der japanischen Gesellschaft im Allgemeinen anzutreffen ist. Andere Faktoren, wie etwa das bis 1994 bestehende Wahlsystem für das Unterhaus sowie der Wahlmodus für den LDP-Vorsitzenden, die Dezentralisierung der Finanzierung politischer Aktivitäten und der Wettbewerb um Partei- und Regierungsposten hätten demgegenüber lediglich zu einer Verstärkung faktionalistischer Tendenzen geführt.¹⁹

Erklärungsansätze des Faktionismus in japanischen Parteien, die gesellschaftliche und kulturelle Muster zu ihrem primären Explanans machen, sind jedoch nicht unproblematisch. Ohne die entsprechende Diskussion hier in extenso aufrollen zu wollen, sei zumindest kurz auf Steven Reeds (1993: Kapitel 3) nützliche Auseinandersetzung mit diesem Thema hingewiesen. Reed argumentiert dabei, dass rein gesellschafts- oder kulturbezogenen Variablen allgemein nur beschränkte Bedeutung zuzumessen ist. Entscheidungen – in diesem Fall für eine bestimmte Organisationsform - sind vielmehr das Produkt von situationalem Kontext (nicht theoretisierbarer Entscheidungsrahmen) und psychologischen Faktoren (gewählte Entscheidungsoption): Gesellschaftliche und kulturelle Faktoren können Ausprägung institutioneller Entwicklungen beeinflussen, bestimmen diese jedoch nicht. Beide Arten von Faktoren müssen also im konkreten politischen und historischen Kontext betrachtet werden.

Mehr Erklärungskraft weisen daher verschiedene institutionelle Erklärungsansätze der Entstehung und Entwicklung von innerparteilichen Faktionen in Japan auf. Institutionalistisch argumentierende Beobachter sehen dabei in den oben zuletzt genannten Faktoren die zentralen Triebkräfte für das Wachstum und die Dauerhaftigkeit der Faktionen. Sie interpretieren mithin die Entwicklung und Verfestigung von innerparteilichen Faktionen nach dem 2. Weltkrieg als Anpassung auf das erwähnte spezielle Wahlsystem, unter dem mehrere Kandidaten einer Partei, vor allem aber nicht ausschließlich der LDP, in einem Wahlkreis antraten. Innerparteiliche Faktionen bestimmten hierbei nicht nur die Kandidatenaufstellung, sondern unterstützten „ihre“ Kandidaten auch in finanzieller und anderer Hinsicht. Wichtig ist

¹⁸ Siehe jedoch die ersten Ergebnisse des laufenden Forschungsprojekts von Sveinsdottir (1998a, 1998b). Die isländische Politikwissenschaftlerin setzt sich dabei mit der Entstehung der LDP-Faktionen aus historisch-institutionalistischer und handlungstheoretischer Sicht auseinander.

¹⁹ Siehe etwa Scalapino und Masumi (1962: 85, 122-123), Ward (1965: 71-72) und Baerwald (1986: 17).

in diesem Zusammenhang auch, dass die Finanzierung politischer Aktivitäten der LDP nicht zentral gelenkt wurde; den einzelnen Faktionen kam hier eine wichtige Rolle zu. Erst die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung 1994 vergrößerte in den politischen Parteien Japans – in einigen mehr, in anderen weniger - die Bedeutung der Parteizentrale bei der Verteilung politischer Gelder.²⁰

In der LDP bildete zudem das Wahlsystem für den Parteipräsidenten – Kandidaten müssen von mindestens 30 Abgeordneten der Partei nominiert werden –,²¹ einen weiteren Anreiz, eigene innerparteiliche Faktionen zu gründen und auszubauen. Die Verfestigung der Faktionen innerhalb der LDP wurde zudem durch die sich im Laufe der Zeit entwickelnde Verteilung der Partei- und Regierungsposten nach Größe der einzelnen Faktionen vorangetrieben. Nach diesem Erklärungsansatz sind mithin die Funktionen der innerparteilichen Faktionen und ihre Entstehung und Weiterentwicklung eng verbunden; institutionelle Faktoren wie das Wahlsystem auf nationaler und innerparteilicher Ebene wirken als zentrale Anreize zur Schaffung und Verdichtung faktionalistischer Strukturen.

Während dabei allerdings Anhänger der Handlungstheorie gesellschaftliche und kulturelle Faktoren für irrelevant, wenn nicht irreführend halten und sie daher völlig bei der Erklärung des Faktionalismus ausblenden,²² tendiert die Mehrheit der „Institutionalisten“ dazu, die Einbettung der Faktionen in bestehende soziokulturelle Strukturen anzuerkennen, ihnen aber keine primäre oder direkte Kausalität zuzugestehen.²³ Verbinden tut die meisten soziokulturellen und institutionellen Erklärungen des Faktionalismus, dass sie auf historische Kontinuitäten sowie einschneidende Entwicklungen hinweisen. So wird oftmals auf die Existenz von Faktionen in der japanischen Politik vor dem Zweiten Weltkrieg verwiesen wie auch auf die Gründung der LDP, die 1955 aus verschiedenen konservativen Gruppierungen

²⁰ Zur Bedeutung des bis 1994 geltenden Unterhaus-Wahlsystems für die Faktionen in der LDP siehe Fukai und Fukui (1999: 144-145), Grofman (1999: 404), Grofman et al. (1999: 8, 15), Reed und Bolland (1999: 223, 225). Für einen Vergleich der Auswirkungen der unterschiedlichen Wahlsysteme für das Unter- und das Oberhaus auf den innerparteilichen Faktionalismus siehe Cox, Rosenbluth und Thies (2000). Zur Finanzierung politischer Aktivitäten in Japan siehe Köllner (2000b) und die dort zitierte Literatur.

²¹ Zur Veränderung der Regeln für die Wahl des LDP-Parteipräsidenten im Laufe der Zeit siehe Hayao (1993: Kapitel 5) und Masumi (1995: 207), zum aktuellen Verfahren *J.a.*, 6/1999, Ü 84.

²² So z.B. Cox, Rosenbluth und Thies (2000). Zur Anwendung der Handlungstheorie (Rational Choice) auf das politische System Japans und das Parteiensystem des Landes im Besonderen siehe Köllner (2000a: 355-356).

²³ Vgl. Totten und Kawakami (1965), Fukui (1974: 155-156), Curtis (1988: 80-88), Tomita, Nakamura und Hrebenar (1992: 255-256). Fukui (1978: 52) etwa argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die soziokulturelle Einbettung der Faktionen eher deren strukturelle Attribute erklärt, während institutionelle Faktoren eher deren Funktionen erklären helfen.

hervorging.²⁴ Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die damaligen losen Gruppen von politischen Führern und ihren Gefolgschaften nur wenig mit den zunehmend ausdifferenzierten und institutionalisierten (LDP-)Faktionen der letzten Jahre und Jahrzehnte gemein haben.

4.2 Strukturen und Funktionen von Faktionen in japanischen Parteien

Der zuletzt erwähnte Punkt leitet über zur Frage der Organisationsform der innerparteilichen Faktionen in Japan. Dabei geht es nicht zuletzt darum, ob hier eher simple, vertikal angelegte Patron-Klient-Verhältnisse oder eher Kollektive von Gleichgesinnten mehr oder minder gleichberechtigten Ranges vorliegen. Auch stellt sich die Frage nach der Ebene, auf der Faktionen ihren Aktivitäten nachgehen. Im Allgemeinen kann dabei zwischen Faktionen auf der lokalen und regionalen Ebene einerseits und auf der zentralen Ebene der Parteien, d.h. auf der Ebene der Parteiführung und der Abgeordneten der Partei, andererseits unterschieden werden. Im letzteren Fall kann noch einmal zwischen faktionalen Aktivitäten differenziert werden, deren Lokus a) in der Partei selbst oder b) im Parlament liegt.

Im internationalen Vergleich sind Parteien in Japan, offenbar insbesondere die LDP, nun dadurch gekennzeichnet, dass sich aus den stark personalisierten Patron-Klient-Strukturen der Parteien in den 50er und 60er Jahren stärker kollegial geprägte Gremien entwickelt haben (vgl. Köllner 1999a: 68-69).²⁵ Die LDP-Faktionen sind zudem im internationalen Vergleich sehr stark bürokratisiert in dem Sinne, dass sie über eigene Hauptquartiere, innere Hierarchien und Gremien verfügen. Mithin spiegeln sie, zumindest im Fall der größeren Faktionen, die Organisationsstrukturen der Gesamtpartei wider. Im Zusammenhang damit steht der in komparativer Perspektive extrem hohe Grad der Transparenz faktionaler Zugehörigkeit zumindest der Abgeordneten der LDP. So geben beispielsweise alle wichtigen Parlamentsnachschatzgewerke deren Faktionszugehörigkeit an.

Schließlich ist in Bezug auf die organisatorische Struktur der innerparteilichen Faktionen in Japan festzustellen, dass deren eigentliches Wirkungsfeld klar auf der zentralen Ebene der Parteien liegt. Im Parlament manifestiert sich der Faktionalismus nicht; hier ist – zumindest in

²⁴ Siehe etwa Scalapino und Masumi (1962: 18-19), Thayer (1969: 18-20), Ramseyer und Rosenbluth (1993: 60-62). Zur Entstehung der LDP 1955 siehe insbesondere Kohno (1997: Kapitel 5).

²⁵ Wie Richardson und Flanagan (1984: 183) anmerken, waren allerdings auch die vertikalen Machtbeziehungen früherer Jahrzehnte zwischen Führer und Gefolgsmann nicht direkt vergleichbar mit Patron-Klient-Verhältnissen in vielen Entwicklungsländern, in denen diese Beziehungen in der Regel deutlich asymmetrischer angelegt sind.

der Regel - durch Fraktionsdisziplin sicher gestellt, dass das Abstimmungsverhalten nicht durch faktionale Zugehörigkeiten tangiert wird.²⁶ Auf lokaler Ebene der Parteien existieren in Japan - anders als etwa in Taiwan - keine eigenständigen Fraktionen. Ein Bezug zwischen zentraler und lokaler Parteiebene besteht in diesem Zusammenhang nur insofern, als dass unter dem alten Wahlsystem die offiziellen Parlamentskandidaten der LDP in den einzelnen Wahlkreisen in interfunktionalen Aushandlungsprozessen bestimmt wurden (vgl. Cox und Rosenbluth 1996). Auch unter dem neuen Wahlsystem spielen die Fraktionen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle, wenn auch andererseits die Bedeutung des LDP-Generalsekretärs bei der Koordinierung der Nominierungen gewachsen ist.

Wie bereits angedeutet, kann zwischen der Entwicklung und der spezifischen Manifestation von Fraktionen einerseits und den Funktionen, die sie erfüllen andererseits, ein enger Zusammenhang bestehen. In Abschnitt 3 wurde aufgezeigt, dass im Kern des interfunktionalen Wettbewerbs in politischen Parteien die Auseinandersetzung um inhaltliche oder ideologische Fragen, die Vertretung externer Interessen und/oder die Verteilung von Posten und Ressourcen stehen kann. Mit der wichtigen Ausnahme der Fraktionen in der SPJ/SDP, deren Auseinandersetzungen auf ideologische Konflikte zurückgeführt werden kann,²⁷ erfüllen Fraktionen in japanischen Parteien primär klassische Patronagefunktionen.²⁸ Die Führung einer innerparteilichen Gruppe verschafft den Fraktionsführern Gewicht in der Partei und vergrößert ihre Chancen, selbst Parteiführer zu werden. Im Gegenzug erwarten die Fraktionsmitglieder Karrierehilfe (Nominierungen als Kandidaten, Regierungs- und Parteienposten) und finanzielle Unterstützung (vgl. Köllner 1999a: 60; Reed und Bolland 1999: 220).

In japanischen Parteien spielen innerparteiliche Fraktionen mithin wichtige eine Rolle bei Personalentscheidungen. Am stärksten institutionalisiert ist dies wiederum bei der LDP. So

²⁶ Für die Darstellung einer Ausnahme in der jüngsten Vergangenheit siehe Köllner (2001).

²⁷ Vgl. Kishimoto 1977: 109-112, 1997: 145-150. Siehe daneben auch die in Fußnote 17 zitierte Literatur. Anzumerken ist auch, dass der Eintritt einer Reihe ehemaliger Sozialdemokraten in die 1996 gegründete Demokratische Partei Japans dazu geführt hat, dass diese Partei, die ohnehin das Amalgam mehrerer anderer Parteien ist, auch ausgeprägte ideologische Konfliktlinien aufweist. Siehe dazu beispielsweise *Japan – Wirtschaft, Politik, Gesellschaft*, 4/1997, Ü 81, *J.a.*, 4/1999, Ü 83, 1/2001, Ü 71.

²⁸ Anzumerken ist jedoch, dass auch in der LDP die verschiedenen Fraktionen des öfteren auch inhaltlich Position bezogen haben. Allgemein ist jedoch das programmatische Profil der einzelnen Fraktionen nur schwer zu erkennen. Inhaltliche Entscheidungsprozesse in der LDP haben ihren Lokus deutlich stärker in Parteiorganen wie dem Ausschuss für politische Angelegenheiten (Seimu chōsakai), wobei spezialisierte „Stammesabgeordnete“ (*zoku giin*) in einzelnen Politikbereichen federführend sind. Siehe hierzu Fukui (1987), Inoguchi und Iwai (1987) sowie McCubbins und Thies (1997). Letztere attestieren den Fraktionen allerdings eine stärkere eigenständige Politikgestaltungsfunktion, können dies jedoch nur in methodisch fragwürdiger Weise belegen.

entscheiden dort zum einen Allianzen zwischen einzelnen Faktionen darüber, welcher Faktionsführer Parteichef (und damit im bisherigen Regelfall auch Premierminister) wird. Da alle größeren Faktionen zum Zuge kommen wollen, ist es für amtierende Regierungschefs schwierig, über längere Jahre im Amt zu bleiben. Anders als bei Regierungsparteien in Ländern mit weniger stark institutionalisierten innerparteilichen Faktionen und/oder einem autonomen Staats- oder Regierungschef wie etwa in Südkorea ist in Japans LDP schließlich auch die Vergabe der zentralen Partei- und Kabinettsposten nicht zuletzt eine Frage des Faktionsproporz, wobei die Seniorität von Abgeordneten eine der wichtigsten Voraussetzung für die Bekleidung entsprechender Posten ist (vgl. Fukui 1978: 56-64; Köllner 1999a: 68). Ob man dies nun gut heißt oder auch nicht: Faktionen in der LDP helfen, Personalentscheidungen zu strukturieren. Auch weiterhin werden die diesbezüglichen Beziehungen, Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen vom Faktionalismus geprägt.

5 Fazit und Forschungsagenda

Ausgehend von der Feststellung, dass die politischen Parteien Japans mit wenigen Ausnahmen durch einen ausgeprägten Faktionalismus gekennzeichnet sind, wurde in diesem Artikel der Versuch unternommen, das Phänomen in einen größeren konzeptionellen und komparativen Bezugsrahmen zu rücken. Hinsichtlich der Ursachen des innerparteilichen Faktionalismus in Japan wurde gezeigt, dass die Entstehung und die Verfestigung dieser Erscheinungsform informeller Politik neben spezifischen historischen Faktoren, die etwa die Form der Parteigründungen betreffen, auf institutionelle Faktoren wie vor allem das bis 1994 geltende nationale Wahlsystem und das Wahlsystem für den LDP-Präsidenten sowie die Art der Parteienfinanzierung zurückgeführt werden kann. Diese institutionellen Faktoren wiederum sind in ein soziokulturelles Umfeld eingebettet, das der Entwicklung faktionaler Strukturen in den politischen Parteien zuträglich gewesen ist und deren spezifische Ausprägung beeinflusst hat.

Mit der wichtigen Ausnahme der SDP/SPJ, deren Faktionen ideologisch begründet sind, liegt die primäre Funktion innerparteilicher Faktionen in Japan in der Verteilung von Macht und Positionen. In Bezug auf ihre Organisation sind die Faktionen in japanischen Parteien im internationalen Vergleich schließlich dadurch gekennzeichnet, dass sie ihren Lokus auf der zentralen Ebene der Partei haben und sich im Laufe der Zeit von eher klientelistischen zu

stärker kollegial ausgeprägten Strukturen entwickelt haben. Insbesondere die Faktionen in der LDP zeichnen sich zudem durch einen recht hohen Grad der internen Bürokratisierung aus.

Der letztgenannte Punkt weist bereits auf eine zentrale Frage hin, die bislang noch nicht genügend Beachtung gefunden hat. Es stellt sich nämlich die Frage, warum - auch und gerade im internationalen Vergleich – innerparteiliche Faktionen so außergewöhnlich stark institutionalisiert sind. Zwar liefern das lange Zeit geltende semi-proportionale Wahlsystem oder die lange Regierungszeit der LDP, die einer Verfestigung dieser innerparteilichen Strukturen sicherlich förderlich waren, wichtige Ansatzpunkte für eine Erklärung, doch isoliert oder auch kumuliert betrachtet, reichen sie nicht aus, den hohen Grad der Institutionalisierung erschöpfend zu begründen. Dies umso mehr, wenn man sich gewahr wird, dass das politische System Japans in seiner Gesamtheit eine im internationalen Vergleich recht große Zahl informeller Elemente aufweist (vgl. Köllner 1999b). Man denke neben dem Phänomen der strukturellen Korruption beispielsweise an die persönlichen Unterstützerorganisationen japanischer Politiker (*kôenkai*) und die hohe Anzahl von „Erbabgeordneten“ (*shûsei giin*) der zweiten, dritten etc. Generation, die „Schattenshōgun“ und anderen Strippenzieher (*kuromaku*) in Parteien und Parlament, die dort ebenfalls ausgeprägten Muster der informellen Konsultation und Absprachen oder das Phänomen des „Abstiegs aus dem Himmel“ (*amakudari*) ehemaliger Ministerialbürokraten in Unternehmungen des (halb-)öffentlichen und privaten Sektors.

Sicherlich sind für all diese Ausprägungen informeller Politik in Japan spezifische Erklärungen zu finden, doch dürfte sich selbst Handlungstheoretikern die Frage aufdrängen, ob diese verschiedenen Beziehungssysteme und Erscheinungsformen nicht gemeinsame Grundlagen aufweisen, die etwa auf der spezifischen Konstruktion sozialer Austauschbeziehungen im Laufe der letzten Jahrhunderte basieren (siehe dazu Eisenstadt 2000). Klar erscheint bisher nur, dass im gegenwärtigen Japan „politisch relevante Orientierungen der Gesellschaft“ existieren, zu denen ein langjähriger Beobachter der japanischen Politik wie Bradley Richardson (1997: 259) Kollektivismus, Gegenseitigkeit, Informalität und ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Ordnung zählt. Eine Untersuchung, woher diese „Orientierungen“ rühren oder wie sie durch institutionelle Variablen des politischen Systems (Wahlsystem etc.) gefiltert werden, um schließlich in spezifischen Beziehungssystemen und Erscheinungsformen informeller Politik zu münden, liefert jedoch auch er nicht.

Was mithin unter anderem noch aussteht, sind umfassende Untersuchungen zur institutionellen Logik der zahlreichen informellen Elemente in der japanischen Politik, die auf Erkenntnissen der Handlungstheorie, des historischen und/oder des soziologischen Institutionalismus aufbauen könnten (vgl. Köllner 1999b). Ein derartiges Vorgehen würde allerdings den Einsatz größerer wissenschaftlicher Ressourcen und vermutlich auch die Bereitschaft zu multidisziplinärer Zusammenarbeit voraussetzen. Aber auch weniger ambitionierte Projekte zu den Entwicklungspfaden und der gegenwärtigen Ausprägung einzelner informeller Elemente der japanischen Politik könnten wichtige Beiträge leisten, um unser Verständnis der entsprechenden Strukturen zu erhöhen und deren Erklärung voranzubringen. Um nur ein konkretes Beispiel aus dem Bereich des Faktionalismus zu nennen: Hilfreich wäre es, wenn sich etwa eine Dissertation mit den inneren Strukturen der Demokratischen Partei Japans beschäftigen und diese mit denen in der LDP und der SPJ/SDP vergleichen würde.

Wichtig ist dabei, noch einmal zu betonen, dass informelle Elemente der Politik in Japan und anderswo nicht in Isolation von ihren formalen Pendanten betrachtet werden sollten. Wie im zweiten Abschnitt dieses Artikels bereits erwähnt wurde, ist es gerade die Untersuchung des Verhältnisses von formaler und informeller Politik, die unser Verständnis und unsere Erklärungsmöglichkeiten über das in der vergleichenden Politik/Regierungslehre übliche Maß hinaus bringen kann. Die These vom „Spannungsverhältnis“ formaler und informeller Politik sollte dabei nicht überstrapaziert werden; a priori sind jedenfalls sowohl Widersprüche, Komplementaritätsbeziehungen als auch ein gegenseitiges Konterkarieren der beiden Seiten der Politik denkbar. So können informelle Elemente der Politik durchaus auf effektive Weise Lücken im formalen System schließen, dessen Rigiditäten überwinden helfen und damit das formale System stützen. Auch muss gefragt werden, ob nicht vielleicht in bestimmten Fällen informelle Elemente wie etwa Klientelismus oder Patronage effektive funktionale Äquivalente formaler Strukturen und Prozeduren darstellen.

Natürlich wird man des öfteren zu dem Ergebnis kommen, dass die in einem bestimmten politischen System existierenden informellen Elemente schlichtweg dazu beitragen, dessen Legitimität oder Effektivität unterminieren. Eine Abwägung der mannigfaltigen Auswirkungen informeller Beziehungssysteme und Erscheinungsformen in der Politik erscheint aber in jedem Fall notwendig (vgl. Nolte et al. 2000: 18-23). Dies gilt natürlich auch für das hier näher behandelte Phänomen des Faktionalismus in japanischen Parteien. Dieser wird gerne pauschal als dysfunktional verurteilt, ist er doch für viele Beobachter synonym mit

Korruption und innerparteilicher Fragmentation. Dabei wird oftmals übersehen, dass etwa die Existenz von Faktionen in der langjährigen Regierungspartei LDP nicht nur die autoritäre Herrschaft eines Parteiführers verhindert, sondern auch ohne Regierungswechsel eine gewisse Zirkulation der Eliten und damit einen nicht unbedeutenden Grad an Pluralismus ermöglicht hat (vgl. Ike 1972: 83).²⁹

Abschließend sollte kurz ein weiterer Bereich erwähnt werden, der dem Forschungsinteresse an Faktionen in japanischen Parteien neben Aktualität auch Relevanz verleiht, die über den japanischen Fall hinausgeht. Gemeint sind die Auswirkungen von Veränderungen des formalen Rahmens eines politischen Systems auf dessen informelle Seite; in diesem Fall der Einführung eines neuen Wahlsystems auf die (Weiter-)Existenz der Faktionen. Hier befinden wir uns in einer für Sozialwissenschaftler seltenen Art von „Laborsituation“, in der theoretisch abgeleitete Voraussagen in der Realität überprüft werden können. So lässt sich aus handlungstheoretischer Perspektive argumentieren, dass mit der Abschaffung des alten Wahlsystems auch die Anreize für die Existenz von innerparteilichen Faktionen entfallen sind. Cowhey und McCubbins (1995: 258) äußern etwa die Erwartung, dass sowohl die innere Organisation als auch das Wahlkampfverhalten japanischer Parteien zukünftig mehr Ähnlichkeit mit den Strukturen und Aktivitäten britischer Parteien aufweisen wird, als mit denen japanischer Parteien in der Zeit vor der Wahlrechtsreform.

Rund sieben Jahre später sieht es auf den ersten Blick allerdings eher so aus, als würden die meisten japanischen Politiker und Parteien weiter so agieren, als hätte sich nichts Wesentliches verändert. Weder haben beispielsweise persönliche Unterstützerorganisationen an Bedeutung eingebüßt, noch sind die Faktionen in verschwunden oder durch andere Formen des Wettbewerbs und der Kooperation innerhalb von Parteien abgelöst worden. Andererseits wäre es voreilig zu meinen, dass die politischen Reformen des Jahres 1994 keine Veränderungen in den Parteien und ihrem Umfeld ausgelöst hätten (vgl. Köllner 1998; Blechinger 2001). Vor dem Hintergrund der Wahlrechtsänderungen und der anderen politischen Reformen gilt es daher, den jeweiligen Momenten von Wandel und Beharrung systematisch auf den Grund zu gehen. Die Auseinandersetzung mit dem Faktionalismus in japanischen Parteien hat in der Tat nichts von ihrer Spannung eingebüßt.

²⁹ Für eine rein negative Bewertung der Faktionen in japanischen Parteien siehe hingegen Fukui (1978: 65-68).

Literaturverzeichnis

- Baerwald, Hans (1986), *Party Politics in Japan*, Boston u.a.: Allen & Unwin
- Beller, Dennis C. und Frank P. Belloni (1978), „Party and Faction: Modes of Political Competition“, in: Belloni und Beller (Hrsg.), a.a.O., S.417-450
- Belloni, Frank P. und Dennis C. Beller (1976), „The Study of Factions as Competitive Political Organizations“, in: *Western Political Quarterly* 29, 4, S.530-549
- Belloni, Frank P. und Dennis C. Beller (Hrsg.) (1978), *Faction Politics: Political Parties and Factionalism in Comparative Perspective*, Santa Barbara und Oxford: ABC-Clio
- Betz, Joachim und Patrick Köllner (2000), „Informale Politik im internationalen Vergleich: Ein Forschungsaufriß“, Arbeitspapier, Deutsches Übersee-Institut, Dezember 2000
- Betz, Joachim, Patrick Köllner und Hanspeter Mattes (1999), „Informelle Politik im internationalen Vergleich“, in: *Nord-Süd aktuell* 13, 2, S.217-228
- Blechinger, Verena (2001), „Politische Reformen in Japan: Auswirkungen und Perspektiven“, in: Friederike Bosse und Patrick Köllner (Hrsg.), *Reformen in Japan*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.89-110
- Cowhey, Peter F. und Mathew D. McCubbins (1995), „Conclusion“, in: dies. (Hrsg.), a.a.O., S.253-260
- Cowhey, Peter M. und Mathew D. McCubbins (Hrsg.) (1995), *Structure and Policy in Japan and the United States*, Cambridge: Cambridge University Press
- Cox, Gary W. und Frances Rosenbluth (1996), „Factional Competition for the Party Endorsement: The Case of Japan’s Liberal Democratic Party“, in: *British Journal of Political Science* 26, S.259-269
- Cox, Gary W., Frances Rosenbluth und Michael F. Thies (2000), „Electoral Rules, Career Ambitions and Party Structure: Comparing Factions in Japan’s Upper and Lower Houses“, in: *American Journal of Political Science* 44, 1, S.115-122
- Curtis, Gerald L. (1988), *The Japanese Way of Politics*, New York: Columbia University Press
- Dickson, Bruce (1997), *Democratization in China and Taiwan. The Adaptability of Leninist Parties*, Oxford: Clarendon Press
- Dittmer, Lowell, Haruhiro Fukui und Peter N. S. Lee (Hrsg.) (2000), *Informal Politics in East Asia*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press
- Eisenstadt, S.N. (2000), „Trust and Institutional Dynamics in Japan: The Construction of Generalized Particularistic Trust“, in: *Japanese Journal of Political Science* 1, 1, S.53-72

- Fukui, Haruhiro (1974 [1969]), *Jiyûminshutô to seisaku kettei* [Die Liberaldemokratische Partei und politische Entscheidungen], 2. Auflage, Tokyo: Fukumura Shuppan
- Fukui, Haruhiro (1978), "Japan: Factionalism in a Dominant-Party System", in: Belloni und Beller (Hrsg.), a.a.O., S.43-72
- Fukui, Haruhiro (1987), "The Policy Research Council of Japan's Liberal Democratic Party: Policy Making Role and Practice", in: *Asian Thought & Society* 11 (No. 34), S.3-30
- Fukui, Haruhiro (2000), "Introduction: On the Significance of Informal Politics", in: Dittmer, Fukui und Lee (Hrsg.), a.a.O., S.1-19
- Fukui, Haruhiro und Shigeeko N. Fukai (1999), „Campaigning for the Japanese Diet“, in: Grofman et al. (Hrsg.), a.a.O., S.121-152
- Gillespie, Richard, Michael Waller und Lourdes López Nieto (Hrsg.) (1995), *Factional Politics and Democratization*, London: Frank Cass
- Grofman, Bernard (1999), "SNTV: An Inventory of Theoretically Derived Propositions and a Brief Review of the Evidence from Japan, Korea, Taiwan, and Alabama", in: ders. u.a. (Hrsg.), a.a.O., S.375-416
- Grofman, Bernard, Sung-Chull Lee, Edwin A. Winckler und Brian Woodall (1999), "Introduction", in: dies. (Hrsg.), a.a.O., S.1-20
- Grofman, Bernard, Sung-Chull Lee, Edwin A. Winckler und Brian Woodall (Hrsg.), *Elections in Japan. Korea, and Taiwan under the Single Non-Transferable Vote: The Comparative Study of an Embedded Institution*, Ann Arbor: The University of Michigan Press
- Hara, Yoshihisa (2000), *Sengôshi no naka no Nihon Shakaitô* [Die Sozialistische Partei Japans in der Nachkriegsgeschichte], Tokyo: Chûô Kôron Shinsha
- Hayao, Kenji (1993), *The Japanese Prime Minister and Public Policy*, Pittsburgh und London: University of Pittsburgh Press
- Hine, David (1982), „Factionalism in West European Parties: A Framework for Analysis“, in: *West European Politics* 5, 1, S.36-53
- Huang, Jing (2000), *Factionalism in Chinese Communist Politics*, Cambridge: Cambridge University Press
- Huntington, Samuel P. (1968), *Political Order in Changing Societies*, New Haven: Yale University Press
- Ike, Nobutaka (1972), *Japanese Politics. Patron-Client Democracy*, New York: Alfred A. Knopf
- Inoguchi, Takashi und Tomoaki Iwai (1987), *Zoku giin no kenkyû* [Forschung über Stammesabgeordnete], Tokyo: Nihon Keizai Shinbunsha

- J.a.* = *Japan aktuell – Wirtschaft, Politik, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Kishimoto, Kôichi (1977), *Politics in Modern Japan. Development and Organization*, Tokyo: Japan Echo Inc.
- Kishimoto, Kôichi (1997), *Politics in Modern Japan. Development and Organization*, 4th Edition (with revisions by Kishimoto Shunsuke), Tokyo: Japan Echo Inc.
- Kitaoka, Shin'ichi (1995), *Jimintô. Seikentô no 38nen* [Die LDP. 38 Jahre einer Regierungspartei], Tokyo: Yomiuri Shimbunsha
- Klein, Axel (1998), *Das Wahlsystem als Reformobjekt. Eine Untersuchung zu Entstehung und Auswirkung politischer Erneuerungsversuche am Beispiel Japan*, Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt
- Kohno, Masaru (1997), *Japan's Postwar Party Politics*, Princeton: Princeton University Press
- Köllner, Patrick (1998), „Drei Jahre nach den politischen Reformen - Eine Zwischenbilanz, Teil 1: Das Wahlgesetz und seine Auswirkungen“, in: *J.a.*, 2/1998, S.167-177
- Köllner, Patrick (1999a) „Informelle Elemente in der japanischen Politik. Teil 1: Faktionen“, in: *J.a.*, 1/1999, S.65-74
- Köllner, Patrick (1999b), „Informal Politics: Some General Reflections and Illustrations from the Japanese Case“, Working Paper No. 6, Centro Español de Relaciones Internacionales, Madrid, Oktober 1999
- Köllner, Patrick (2000a), „Zwischen Kultur, Rationalität und Neo-Pluralismus: Neuerscheinungen zum politischen System Japans“ (Sammelbesprechung), in: *Politische Vierteljahresschrift* 41, 2, S.354-366
- Köllner, Patrick (2000b), „Parteienfinanzierung in Japan: Regulierungsmechanismen und Anpassungsstrategien“, in: *J.a.*, 2/2000, S.147-158
- Köllner, Patrick (2001), „Misstrauensantrag und Kabinettsumbildung: Japans LDP im Licht innerparteilicher Konflikte“, in: *J.a.*, 1/2001, S.77-85
- Lee, Wonkyoo (1995), *Political Culture in the Republic of Korea and Its Effects on Parties and Elections*, unveröffentlichte Dissertation, University of Missouri-Columbia
- Leiserson, Michael (1968), „Factions and Coalitions in One-Party Japan: An Interpretation Based on the Theory of Games“, in: *American Political Science Review* 62, 3, S.770-787
- Lewis, Paul G. (1995), „Poland and Eastern Europe: Perspectives on Party Factions and Factionalism“, in: Gillespie, Waller und López Nieto (Hrsg.), a.a.O., S.102-124
- Lomax, Bill (1995), „Factions and Factionalism in Hungary's New Party System“, in: Gillespie, Waller und López Nieto (Hrsg.), a.a.O., S.125-137

- Magone, José M. (1995), „Party Factionalism in New Small Southern European Democracies: Some Comparative Findings from the Portuguese and Greek Experiences (1974-82)“, in: Gillespie, Waller und López Nieto (Hrsg.), a.a.O., S.90-101
- Masumi, Junnosuke (1995), *Contemporary Politics in Japan*, Berkeley u.a.: University of California Press
- McCubbins, Mathew D. und Frances M. Rosenbluth (1995), „Party Provision for Personal Politics: Dividing the Vote in Japan“, in: Cowhey und McCubbins (Hrsg.), a.a.O., S.35-55
- McCubbins, Mathew D. und Michael F. Thies (1997), „As a Matter of Factions: The Budgetary Implications of Shifting Factional Control in Japan’s LDP“, in: *Legislative Studies Quarterly* 22, 3, S.293-328
- Merkel, Wolfgang und Aurel Croissant (2000), „Formale Institutionen und informale Regeln in illiberalen Demokratien“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 40, 1, S.3-30
- Mulé, Rose (1998), „Financial Uncertainty of Party Formation and Consolidation in Britain, Germany and Italy: The Early Years in Theoretical Perspective“, in: Peter Burnell und Alan Ware (Hrsg.), *Funding Democratization*, Manchester und New York: Manchester University Press, S.47-72
- Nolte, Detlef et al. (2000), „Dimensionen politischer Repräsentation und Interessenvermittlung durch Parteien im interregionalen Vergleich: Eine Problemskizze“, Arbeitspapier, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut
- Norman, E. Herbert (1940), *Japan’s Emergence as Modern State*, New York: International Secretariat, Institute of Pacific Relations
- O’Donnell, Guillermo (1997), „Illusions About Consolidation“, in: Larry Diamond et al. (Hrsg.), *Consolidating the Third World Democracies*, Baltimore und London: The John Hopkins University Press, S.40-57
- Ozaki, Yukio (1918), *The Voice of Japanese Democracy*, Yokohama
- Panebianco, Angelo (1988), *Political Parties: Organization and Power*, Cambridge: Cambridge University Press
- Pridham, Geoffrey (1995), „Party Systems, Factionalism and Patterns of Democratization: Cross-National Comparisons in Southern Europe“, in: Gillespie, Waller und López Nieto (Hrsg.), a.a.O., S.9-30
- Ramseyer, J. Mark und Frances McCall Rosenbluth (1993), *Japan’s Political Marketplace*, Cambridge, Mass. und London: Harvard University Press
- Reed, Steven R. (1993), *Making Common Sense of Japan*, Pittsburgh und London: University of Pittsburgh Press

- Reed, Steven R. und John M. Bolland (1999), "The Fragmentation Effect of SNTV in Japan", in: Grofman et al. (Hrsg.), a.a.O., S.211-226
- Richardson, Bradley (1997), *Japanese Democracy: Power, Coordination, and Performance*, New Haven and London: Yale University Press
- Richardson, Bradley M. und Scott C. Flanagan (1984), *Politics in Japan*, Boston und Toronto: Little, Brown and Company
- Rose, Richard (1964), "Parties, Factions and Tendencies in Britain", in: *Political Studies* 12, 1, S.33-46
- Sartori, Giovanni (1976), *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press
- Scalapino, Robert A. (1996), „Informal Politics in Asia“, in: *Asian Survey* 36, 3, S.227-229
- Scalapino, Robert A. und Junnosuke Masumi (1962), *Parties and Politics in Contemporary Japan*, Berkeley and Los Angeles: University of California Press
- Stockwin, J.A.A. (2000), "The Social Democratic Party (Formerly Japan Socialist Party): A Turbulent Odyssey", in: Ronald J. Hrebener et al., *Japan's New Party System*, Boulder : Westview Press, S.209-251
- Sveinsdottir, Hulda Thora (1998a), "The Organisational Features of Japanese Factionalism. Factional Development, Rationality and Intention", Papier präsentiert auf dem Japan Politics Group Colloquium, Canterbury, 1.-3. September 1998
- Sveinsdottir, Hulda Thora (1998b), "Factionalism within the Liberal and Liberal Democratic Parties in Japan in the 1950s. Continuity and Change", Papier präsentiert auf dem Japan History Meeting, Sheffield, 5.-6. September 1998
- Thayer, Nathaniel B. (1969), *How the Conservatives Rule Japan*, Princeton: Princeton University Press
- Tomita, Nobuo, Akira Nakamura und Ronald J. Hrebener (1992), „The Liberal Democratic Party: The Ruling Party of Japan“, in: Ronald J. Hrebener (Hrsg.), *The Japanese Party System*, Boulder u.a.: Westview Press, S.237-284
- Totten, George O. und Tamio Kawakami (1965), „The Function of Factionalism in Japanese Politics“, in: *Pacific Affairs* 38, 2, S.109-122
- Tsurutani, Taketsugu (1992), "Japan's Chief Executive", in: ders. und Jack B. Gabbert (Hrsg.), *Chief Executives. National Political Leadership in the United States, Mexico, Great Britain, Germany, and Japan*, Pullman, Washington: Washington State University Press, S.209-249

- Waller, Michael und Richard Gillespie (1995), „Introduction: Factions, Party Management and Party Development“, in: Gillespie, Waller und López Nieto (Hrsg.), a.a.O., S.1-7
- Ward, Robert E. (1965), „Japan: The Continuity of Modernization“, in: Lucian W. Pye und Sidney Verba (Hrsg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton: Princeton University Press, S.27-82
- Webster's New Encyclopedic Dictionary, New Revised Edition 1996*, Köln: Köhnenmann
- Wewer, Göttrik (1991), „Spielregeln, Netzwerke, Entscheidungen – auf der Suche nach der anderen Seite des Regierens“, in: ders. und Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik 2*, Opladen: Leske + Budrich, S.9-29
- Zariski, Raphael (1960), „Party Factions and Comparative Politics: Some Preliminary Observations“, in: *Midwest Journal of Political Science* 4, 1, S.26-51

AP (März 2001)

**- Faktionismus in japanischen Parteien: Eine Annäherung aus konzeptioneller und komparativer Perspektive -
Patrick Köllner**

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Joachim Betz

Die Arbeitspapiere informieren über die Fortschritte in den einzelnen Forschungsgruppen des Deutschen Übersee-Instituts. Sie stellen also Werkstattberichte dar, die zur Diskussion und Kritik anregen wollen.

Bisher erschienen:

- AP (3/2001) Faktionismus in japanischen Parteien: Eine Annäherung aus konzeptioneller und komparativer Perspektive
Patrick Köllner
- AP (2/2001) Globalization: News media, images of nations and the flow of international capital with special reference to the role of rating agencies
Michael Kunczik
- AP (1/2001) Global Governance and the Evolution of a New Role of International Financial and Economic Institutions for Sub-Saharan Africa
Wolfgang Hein
- AP (12/2000) Dimensionen politischer Repräsentation und Interessenvermittlung durch Parteien im interregionalen Vergleich: Eine Problemskizze
Detlef Nolte in Zsm.arbeit mit Joachim Betz, Gero Erdmann und Patrick Köllner
- AP (12/2000) Informale Politik im internationalen Vergleich: Ein Forschungsaufriß
Joachim Betz / Patrick Köllner

Generell wird die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts, soweit sinnvoll und möglich, zu Forschungsschwerpunkten verdichtet. Dabei stehen Aktualität, regionale und überregionale Relevanz und Forschungsbreite grundsätzlich vor langfristigen und theoretisch abstrahierenden Spezial- und Generalanalysen.

Aktuell existieren folgende Forschungsgruppen:

1. Globalisierung und Politiken sozialer Entwicklung auf nationaler und transnationaler Ebene
2. Parteien im Spannungsfeld formaler und informeller Politik
3. Internationale Medien und politische Kommunikation
4. Krisenprävention und peace-building
5. Süd-Süd-Kooperation



Nähere Informationen über die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts erhalten Sie in unserem Online-Angebot.

Dort sind die Arbeitspapiere vollständig online gestellt und können kostenfrei als Printausgabe ebenso bestellt werden wie alle anderen entgeltlichen Publikationen des Forschungsverbundes.

Der Verbund Deutsches Übersee-Institut betreibt anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Dokumentation auf dem Gebiet der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Nord-Süd- und Süd-Süd-Beziehungen.

Das DÜI umfasst das Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde, Deutsches Orient-Institut, Institut für Allgemeine Überseeforschung sowie die Übersee-Dokumentation.

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Neuer Jungfernstieg 21 · 20354 Hamburg ·
Telefon +49 (0)40 42834-593 · Fax +49 (0)40 42834-547 · Email: duei@duei.de